



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/III/2 - 3. Januar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21881-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Pankow sucht Hilfe in Moskau	S. 2
Die UNO und das Algerienproblem	S. 3
Die ausgebliebene Amnestie	S. 5

Dem Kanzler zum Geburtstag

sp. Der 81. Geburtstag des Bundeskanzlers bietet wieder Gelegenheit, dem Mann Respekt zu zollen, der im hohen Alter, nicht über, sondern inmitten der Dinge dieser Welt stehend, viele selten aufeinander abzustimmende Eigenschaften in sich vereinigt.

Die Opposition, die dem Bundeskanzler ebenfalls zu seinem Geburtstag gratuliert, tut dies mit dem Wunsche, die kurz vor Abschluß seines 90. Lebensjahres an den Tag gelegte politische Tendenz auch weiterhin feststellen zu können. Die sanftere Nachahmung, mit der Dr. Adenauer plötzlich verrückt, dass er über die weltpolitischen Vorgänge genau so denkt, wie der indische Ministerpräsident Nehru, gibt in dieser Beziehung zu den kühnsten Vermutungen Anlass. Auch die überraschende und allen seinen bisherigen Behauptungen widersprechende Äußerung, die Weltpolitik sei in Bewegung geraten, lässt die Umwelt mit dem Gedanken spielen, dass selbst ein so alter und in der Vorstellungswelt vergangener Zeiten verhafteter Mann wie Adenauer noch wandlungsfähig ist.

Diese bemerkenswerte Handlungsfähigkeit des heute 81jährigen veranlasst uns jedoch zu dem speziellen Geburtstagswunsch, dass nicht wahltaktische Überlegungen, sondern die tatsächliche Erkenntnis einer falschen Politik den Bundeskanzler zu bei ihm sonst ungewohnter Äußerungen veranlassen haben. Nichts würde sein Lebenswerk besser krönen, als der ehrlich zugegebene Irrtum.

Wir sind sicher, dass wir mit diesem Geburtstagswunsch nicht allein stehen.

+ + +

- 2 -

Unterstützung für deutsche Quislinge

Der, Solange für Moskau der wirkliche deutsche Gesprächspartner fehlt - die gegenwärtige Bonner Regierung ist es - leider - nicht - wird der Krenl immer der Versuchung unterliegen, dem Scheinstaat des SED-Diktators Ulbricht Rückenstärkung zu geben. Solange Bonn sich als Anwalt Gesamtdeutschlands versagt, wird Moskau stets bemüht sein, sein Protektorat, genannt DDR, in jeder Hinsicht am Leben zu erhalten. Rückenstärkung hat Pankow heute notwendiger denn je, berühren doch die unverkennbaren Schwächeanfänge die Grundlagen seiner von fremden Gnaden abhängigen Existenz.

Die Entwicklung in Polen und Ungarn, die in ihren Wirkungen noch nicht überschaubare Auflockerung im ganzen Staatenbereich westlich der Sowjetunion, sind nicht ohne weitreichenden Einfluss auf das innere Gefüge Pankows geblieben. Ein sich von russischer Bevormundung Schritt für Schritt befreiendes Polen erhöht in Moskaus Sicht den Kurzwert der deutschen Quislinge-militärisch, politisch und wirtschaftlich. Wenn auch der Krenl den Prozess der Entstalinisierung im eigenen Bereich nicht aufhalten kann, so will er doch die wertvollsten Eroberungen des Stalins auf deutschem Boden als wichtige Aussenposition und als Trumpfkarte im Spiel um Deutschland möglichst lange erhalten.

Dies ist der eigentliche Zweck der repräsentativen Pankower Delegation, die in diesen Tagen nach Moskau abgereist ist, um für sich selbst die erneute Bestätigung für die Existenz des Ulbrichtstaates einzukholen. Wie die Dinge liegen, wird diese Delegation bei ihrem Verlangen nach wirtschaftlicher und politischer Hilfe im Krenl nicht auf taube Ohren stossen. Je mehr die ehemaligen und Koch-Satelliten dem Zugriff der Sowjetunion entgleiten, um so mehr steigt das Gewicht Pankows, ist Moskau daran gelegen, sein Faustpfand mit allen möglichen Sicherungen vor dem polnischen und ungarischen Sündenfall zu bewahren. So wird denn auch der interessanteste Teil der Verhandlungen der Abschluss eines "Truppervortrages" sein, der Moskau "das Recht" gibt, seine 22 Divisionen in Mitteldeutschland zu behalten. Es verschafft sich damit eine wertvolle Ausgangsposition für die kommenden Deutschlandverhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Es ist ausser Frage, dass bei den sich verächtenden Erörterungen über die Abrüstung im Weltmassstab und - im Zusammenhang damit - über die Schaffung eines Gürtels blockfreier Staaten in Europa auch die sowjetische Deutschlandposition zur Diskussion gestellt wird.

Dass dies nicht in allzu ferner Zukunft geschieht, wird freilich auch von der Bereitschaft und Elastizität Bonns abhängen, sich hier als Anwalt des ganzen Deutschland aktiv einzuschalten. Vorläufig begünstigt Bonns noch verhandene Passivität das Spiel der Pankower Quislinge.

Mollet sucht einen Weg

1. o. Paris, Anfang Januar

Noch im Monat Januar wird vor den Vereinten Nationen (UN) die Algerienfrage behandelt werden. Vorher dürfte die von der Sozialisten geführte Pariser Regierung eine Art programmatische Erklärung veröffentlichen, um anzugeben, welche Pläne sie in Algerien zu verwirklichen beabsichtigt.

Die jüngsten Darlegungen des sozialistischen Minister-Residenten von Algerien, Robert Lacoste, klangen blasser optimistisch und sollten den Eindruck erwecken, dass die militärischen Aktionen Erfolge gezeitigt haben. Wurde die Berechtigung dieses Optimismus bereits vor Weihnachten angezweifelt, so haben die jüngsten Vorgänge bewiesen, dass von einem Nachlassen der Aufstandsbewegung keine Rede sein kann. Im Gegenteil: Seit Frankreich und England genötigt wurden, ihre Truppen aus Ägypten zurückzunehmen, hat sich in Algerien die Zahl der Attentate, Überfälle und Terroraktionen erhöht.

Frankreich aber denkt nicht daran, und kann nicht daran denken, dieses Land, das seine Schöpfung ist, einfach aufzugeben. Als man nach dem zweiten Weltkrieg d. rangig, Algerien zu einem Bestandteil Frankreichs und seine Einwohner zu französischen Bürgern zu machen, hoffte man, dem Vorwurf des "Kolonialismus" jede Grundlage genommen zu haben. Bald zeigte sich, dass die Kluft zwischen Theorie und Praxis nicht so einfach zu überbrücken war und wenn jetzt ein neuer Status für das Land gefunden werden soll, so weist niemand besser als Frankreichs Sozialistische Partei, dass mit neuen "Theorien" nichts erreicht werden kann.

Vor vornherein waren Regierungschef Guy Mollet und seine Mitarbeiter in der Algerien-Frage genötigt, Wege einzuschlagen, die ihnen wenig zusagten. Als sie Anfang 1956 die Regierung übernahmen, war der algerische Kern bereits festgeföhrt. Hätten sie sich sofort in Unterhandlungen eingelassen - und zwar auf der von den Rebellenführern verlangten Basis - so wären sie im Parlament auf heftigsten Widerstand gestossen und als "Verräter" der französischen Sache gebrandmarkt worden. Die in Kairo versammelten geistigen Führer des Aufstandes verlang-

3. 1. 1957

ten als Voraussetzung jeder Unterhandlung die vorherige Zusage der Unabhängigkeit Algeriens.

Die Frage ist heute, ob sich daran etwas geändert hat, gleichviel, wen man als Sprecher für Algerien ansehen will. Nachdem der Einsatz von 600 000 Soldaten keine Befriedung ergeben hat, kann die Regierung nicht mehr "drohen", da auch eine weitere Erhöhung der Truppenstärke am negativen Endergebnis nichts ändern würde. Im letzten November hatte der Sultan Mohamed von Marokko den Versuch unternommen wollen, Frieden zu stiften. Er hatte fünf Rebellenführer, die ihn besuchten, eingeladen, an einer Konferenz mit der tunesischen Regierung teilzunehmen, zu der er selbst sich begab. Auf dem Wege nach Tunis wurde jedoch das Flugzeug, das die fünf Rebellen beförderte, nach Algerien beordert, und die fünf Politiker wurden von französischer Polizei festgenommen. Sie befinden sich heute als Häftlinge in Paris. Der Sultan von Marokko empfand die "Entführung" seiner Gäste als Beleidigung, und ein weiterer Versuch, Frieden zu stiften, darf von ihm kaum erwartet werden.

Ob es sich bei der Verhaftung der fünf Algerier wirklich um eine Entführung handelt, mag fraglich sein, da sie nach dem Buchstaben des Gesetzes französische Bürger und daher Führer in einem Bürgerkrieg sind. Ob Entführung oder nicht, ob wohlbedacht oder unüberlegt, der Vorgang zeigt, dass die Regierung Mollet wahrscheinlich nicht mehr mit einer Vermittlung durch Dritte rechnen kann, so dass sie, wenn sie zum Ziele gelangen will, wohl oder übel direkte Verhandlungen einleiten muss. Schon heute kann man voraussagen, dass ein solches Vorgehen ihr die heftigsten Vorwürfe der Rechten einbringen wird, obwohl diese Rechte nicht in der Lage ist, einen besseren Weg zur Beilegung des Aufstandes und zur Befriedung Nordafrikas zu weisen.

Wenn die Regierung Mollet ihre programmatische Erklärung abgegeben haben wird, mag sich zeigen, ob sie von den Aufständischen oder von jenen Algeriern, die mit ihnen sympathisieren, ohne sich völlig von Frankreich trennen zu wollen, als ausreichende Grundlage für Verhandlungen gewertet wird. Den Klagen, die vor der UNO erhoben worden, kann Mollet jetzt mit mehr Ruhe entgegensehen als noch vor wenigen Monaten; denn, so argumentieren nicht nur seine Freunde, wenn die UNO nichts gegen die Sowjetunion unternimmt, obwohl Ungarn niemals ein Bestandteil der UdSSR war, so dürfte ihr das moralische Anrecht auf eine Intervention in Algerien gewisse fehlen. Aber es geht nicht um die Stellungnahme der UNO. Es geht vielmehr darum, dass Frankreich selbst einen Weg sucht, der zum Frieden führt.

Unverständliche Hartnäckigkeit

sp. Gegeneinige Tausendfrüherer Mitglieder der verbotenen Kommunistischen Partei - in Hamburg allein sind es über 400 - laufen Ermittlungsverfahren. Die Anklagepunkte lauten auf Landesverrat, Umsturzabsichten und Spionage. Die laufenden und noch anhängigen Verfahren betreffen in der Mehrzahl die Aktivität der Kommunisten gegen den EWG-Vertrag, eines Vertrages also, der nie völkerrechtliche Geltung besass und über den die Geschichte hinwegging.

Viele politische Stimmen, und gerade sehr viele aussserhalb der SPD, haben in den letzten Monaten einer weitgehenden Amnestie das Wort geredet. Die Freien Demokraten brachten neben den Sozialdemokraten in Bundestag einen eigenen Amnestiegesetzentwurf ein, von den Bundesministern Lemmer und Kaiser ist bekannt, dass sie eine Amnestie befürworten und sogar der Justizminister von Kerkatz, Vertreter einer Rechtspartei, hält einen solchen Akt für ein Gebot politischer Klugheit. Das Kuratorium Unteilbares Deutschland, dem man bestimmt keine Sympathie für die Kommunisten nachsagen kann, hat sich in dieser Frage direkt an die Bundesregierung gewandt. Sein Appell blieb wie auch all die anderen mahnenden Stimmen im Bundeskabinett ohne Gehör.

Bundesinnenminister Schröder ist ein Gegner der Amnestie. Sein Standpunkt der Härte setzte sich durch. So schwebt über Tausenden von Familien die Gefahr einer möglichen Verurteilung ihrer Ernährer in diesem Jahr. Für sie war Weihnachten kein Fest ungetrübter Freude. Man missverstehe uns nicht; niemand von den Befürwortern der Amnestie will, dass Straftaten gegen das bestehende Strafgesetz, von Kommunisten begangen, ungestraft bleiben. Aber dazu genügt die bestehende Strafgesetzgebung. Die Kriminalisierung jeder kommunistischen Tätigkeit hat die Bundesjustiz in der Vergangenheit ohnehin vor schwierige Probleme gestellt, die nun verweigerte Amnestie aber überfordert sie geradezu. Einestmals hat sich der Bundesinnenminister selbst gegen jede Art von Hexenjagd gewandt, nun scheint er ihr freien Lauf zu lassen.

Eine solche Verhaltenweise ist politisch töricht, sie dient nicht der innenpolitischen Entspannung, sie entspricht dem Klima des Kalten Krieges, das im Interesse Gesamtdeutschlands überwunden werden muss. Die Wirkung dieser unverständlichen Hartnäckigkeit kommt der Kommunisten zugute, gibt ihnen als mögliche Märtyrer für eine ohnehin disireditierte Suche neuen Auftrieb und stärkt die Position Pankows. Für Ulbricht sind eingesperrte oder noch einzusperrende Kommunisten

wertvoller als in Freiheit befindliche. Ausserdem, und das ist viel schlimmer als alles andere, hat er nun den Vorwand, die Entlassungsaktionen in der Zone zu verlangsamen oder gar zu stoppen. Die Entlassungen folgten in der letzten Zeit nur tropfenweise. Wie anders wäre die moralische Position der Bundesrepublik, würde sie ihre Stärke durch gelassenen Grossmut beweisen. Aber den Kreuzzugsrittern des Kalten Krieges liegt freilich ein solcher Gedanke fern, sie denken nicht daran, den Schlussstrich unter die Vergangenheit zu setzen, sie wollen diese Vergangenheit möglichst lange auch für die Zukunft erhalten.

- + - +

Demaskiert

F.B. Dass der Wahlkampf bereits begonnen hat, ist keine Neuigkeit. Neu und interessant ist vielmehr, dass man bereits jetzt erkennen kann, wer in diesem Wahlkampf die "vornehmen Debattierer" und wer die Wortführer der grobschlächtigen und hemdsärmeligen Polemik sein werden.

Für diese Rolle haben sich jedenfalls bestens die Bundesminister Dr. Gerhard Schröder und Dr. Ludwig Erhard empfohlen. Beiden ist es darum zu tun, die sogenannte "Nachablösung" nach den Bundestagswahlen zu verhindern. Anstatt die Entscheidung darüber den Wählern zu überlassen, beschwören sie eine vermeintliche Moral und Sittlichkeit als höhere Gewalt. Schröder hat in seinem Artikel erklärt, dass der Opposition die Verantwortung für die zukünftige Politik nicht anvertraut werden könne. Ludwig Erhard ist sogar der Meinung, dass die "negative und destruktive Politik ihr kein sittliches Mandat gibt, die Geschicke des deutschen Volkes in die Hand zu nehmen."

Zu diesen Feststellungen fühlen sich ausgerechnet zwei Minister bemüsst, von denen besonders Ludwig Erhard die einzigen praktischen Massnahmen in der Wirtschaftspolitik 1956 (wie den Preistreiberei-Paragrafen, bescheidene Zollerenkungen usw.) nur Anträgen der Opposition verdankt.

Diese in der Sprache und in den Tatsachen törichten Angriffe nur zurückzuweisen, wäre aber zu wenig. Hier zeigt sich ein Konzept. Es ist schliesslich nicht vergessen, dass es Schröder und Erhard waren, die seinerzeit zuerst den verunglückten Versuch unternahmen, die FDP wieder unter das Joch der gegenwärtigen Koalition zu bringen. Diese beiden sind es auch, die sich eine neue Regierungsbildung nur unter dem alten Vorzeichen vorstellen können.

Die Herren sollen sich keinen Illusionen hingeben. Die Entscheidung über eine künftige Regierungsbildung wird nicht von den "Sittenrichtern" Schröder und Erhard, sondern vom deutschen Volk getroffen werden. Wenn die beiden genannten Herren schon heute primitiv ausfällig werden, nun, dann ist das eine Angelegenheit, die sie mit sich selber auszumachen haben. (Siehe auch im Wirtschaftsteil)

+ + +